

**Zeitschrift:** Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 7 (1966)  
**Heft:** 10  
  
**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

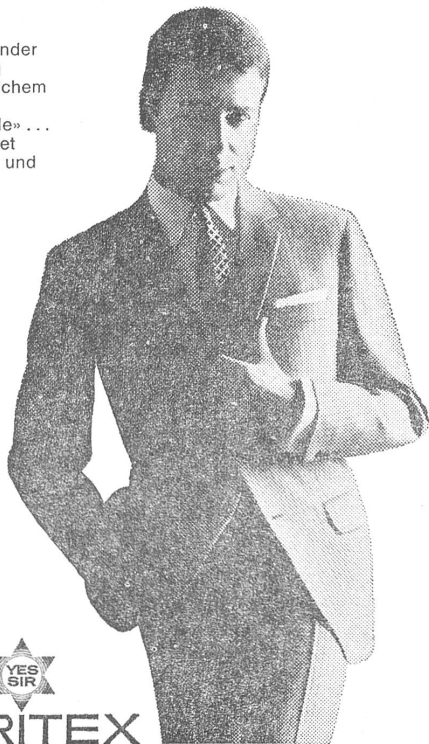
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Tadellos kleidender Business-Anzug aus unverwüsllichem Buffalo-Twist im «correct-style»... einfach vollendet in Stoff, Schnitt und Verarbeitung.

Yes Sir,  
RITEX  
für Männer mit  
Persönlichkeit.



Bezugsquellennachweis durch RITEX AG Qualitätsbekleidung Zofingen

## Für freie Wahlen

Obwohl in der Tschechoslowakei zu Beginn dieses Jahres Zeitschriften verboten und Redaktoren abgesetzt wurden, weil sie allzu liberale Tendenzen vertreten hatten, finden unorthodoxe Meinungen doch immer wieder Publikationsmöglichkeiten. Nun ist sogar ein slowakischer Wissenschaftler öffentlich für freie Wahlen eingetreten.

In der Märznummer der Zeitschrift «Pravny Obzor» erklärt Michal Lakatos, die Regierungszusammensetzung müsse den Volkswillen widerspiegeln, und dieser seinerseits könne sich am besten in freien Wahlen kundtun.

Bereits in der Januarnummer der gleichen Zeitschrift hatte Lakatos der kommunistischen Theorie mit der Behauptung zugesetzt, die Einheit der sozialistischen Gesellschaft beruhe auf einer Missvertretung des tatsächlichen Spiels zwischen verschiedenen Interessengruppen, wodurch eine Ähnlichkeit zu den Verhältnissen einer beliebigen westlichen Industriegesellschaft entstehe. Der Fortschritt sei in einer Konfrontation und Versöhnung der gegensätzlichen Interessen zu suchen, und die beste Methode, divergierende Gruppenambitionen zu harmonisieren bestehe darin, sie direkt am Wahlvorgang teilnehmen zu lassen.

Der zweite Beitrag von Lakatos weitet das Thema noch aus. Zwischen sozialistischer und bourgeoisier Regierungspraxis besteht seiner Ansicht nach kein qualitativer Unterschied. So oder so würden die Regierten in der Regierung durch wirtschaftliche, politische und soziale Mittel manipuliert. Lakatos widersetzt sich der kommuni-

stischen Annahme, wonach durch die Einführung einer Herrschaft der arbeitenden Klasse oder auch durch die Proklamation des Sozialismus in der Tschechoslowakei der Konflikt zwischen Volk und Gebieter verschwunden sei. Die früheren Regierungsreformen in der sozialistischen Gesellschaft hätten nur auf die Perfektionierung des politischen Apparates abgezielt. Dadurch sei die politische Manipulation wirksamer geworden und das Ausmass der politischen Führung habe ebenso zugenommen wie der Gehorsam der Öffentlichkeit gegenüber der zentral bestimmten Politik. Wenn man aber die Politik in die Kontrolle der Gesellschaft bringen wolle, geschehe es am besten dadurch, dass die Gesellschaft freie Wahl zur Selektion ihrer Vertreter erhalte.

Lakatos begründet im übrigen seine kühnen Ausführungen mit der sozialistischen Moral: «Die Regierenden können die Regierten zu einer passiven und apathischen Nation machen, die jedem Drucke der Manipulatoren nachgibt. Hält dieser Druck lange an, kann er die Mentalität der Bürger beeinflussen. Das Ziel, die Gesellschaft dem höchsten Ausmass von Manipula-

tion unterzuordnen, ist mit der sozialistischen Moral unvereinbar.»

Natürlich erklärt Lakatos ausdrücklich den Sozialismus zu unterstützen, doch bedeute das nicht die Annahme seiner Methode monopolistischer Regierungsweise. Gegen einen Konflikt zwischen Regierenden und Regierten hat der Verfasser an sich nichts einzuwenden; er betrachtet ihn im Gegenteil als natürlich und sogar als wünschbar. Das Aufeinanderprallen verschiedener Interessen und Meinungen stelle einen Motor für den Fortschritt dar. Nur müsse sich dieser Konflikt äussern und harmonisieren können, sonst werde die Frustration der Bevölkerung zu einer wirklichen Bedrohung der sozialistischen Herrschaft führen.

Aber wie immer es um die Einzelheiten solcher Argumente stehen mag, es bleibt eine bemerkenswerte Tatsache, dass in der Tschechoslowakei ein öffentlicher Aufruf zu freien Wahlen erfolgen konnte.

## Nationalismus in der Moldau

In der Moldauischen Sowjetrepublik mit ihren ehemals rumänischen Gebieten von Bessarabien und Bukowina macht sich laut sowjetischen Pressestimmen ein zunehmender Nationalismus bemerkbar, der seit Ende des letzten Jahres ziemlich regelmässig zur Diskussion steht.

Mit den Schwierigkeiten nationalstischer Strömungen haben sich namentlich die Moldauer Behörden befasst, wobei als spezifische Probleme die Interpretation der Lokalgeschichte durch die Intellektuellen, die Zunahme einer nicht näher definierten «feindlichen Propaganda» und bezeichnenderweise auch die Rivalität zwischen Moldauern und Nicht-Moldauern bei der Besetzung wichtiger Posten in der Sowjetrepublik genannt werden.

Für die Zeit des Parteikongresses war das Problem in den Hintergrund gerückt, doch nimmt jetzt die moldauische Presse wieder auf den fehlenden «Internationalismus» bezug, der seit einigen Monaten zur Diskussion steht.

Schon Ende Dezember hatte sich das moldauische Parteiaktiv dem Problem gewidmet. Der erste Parteisekretär I. I. Bodjul, kam insbesondere auf die Frage Bessarabiens zu sprechen, das 1940 zunächst von der Sowjetunion, dann mit Hitlers Hilfe von Rumänien und 1944 wiederum von der Sowjetunion annektiert worden war. Er beklagte sich darüber, dass niemand mehr über den seinerzeitigen Wunsch der Bevölkerung nach Vereinigung mit dem sowjetischen Mutterland schreibe, und dass allenthalben der Vorwand gebraucht werde, man wolle doch die Vergangenheit in Ruhe lassen: «Wir haben sogar weitgehend auf die Begehung unseres grossen nationalen Feiertages, des Wiedervereinigungstages am 28. Juni, verzichtet.»

Ein besonderer Aspekt des Problems in der Moldau besteht darin, dass in der Kaderpolitik die Moldauer gegen-

über den Russen und Ukrainern zu kurz kommen. Der moldauische Parteisekretär Bodjul nahm vor dem Parteiaktiv auch dazu Stellung. Er bemängelte selbst die Untervertretung der Personen moldauischer Abstammung in Industrie und Baugewerbe. In der Landwirtschaft sei dagegen die Situation diesbezüglich besser, da 54 Prozent der Kolchosvorsitzenden Moldauer seien. Immerhin ist auch da eine Disproportion festzustellen, denn 75 Prozent der Landbevölkerung ist moldauischer Abstammung.

Manifest ist das Missverhältnis im Parteiapparat. Das neubestellte Zentralkomitee der Republik scheint aus rund 65 Prozent Russen und Ukrainern zu bestehen (für eine diesbezügliche Schätzung ist man allerdings auf Schlussfolgerungen aus der Namensliste angewiesen), während diese beiden Nationalitäten nur 25 Prozent der gesamten Bevölkerung in der Moldau stellen.

Diese Erscheinung ist übrigens weniger auf eine bewusste Diskriminierungspolitik zurückzuführen als auf objektiv bestehende Gegebenheiten. Die Moldau hat den tiefsten technischen Bildungsstand unter den Sowjetrepubliken und ist für die führenden Posten sozusagen auf den Import geeigneter Persönlichkeiten angewiesen. Andererseits sind solche Tatsachen, so rational sie auch begründet werden können, zur Niederhaltung nationalistischer Gefühle in der Moldau nicht besser geeignet als anderswo.

## Von der Soldatentugend

Es gehöre zu den bestimmten Kennzeichen der ostdeutschen «Nationalen Volksarmee», dass sich in ihr der Soldat für die Gefechtsbereitschaft oder die optimale Nutzung der Ausbildungszeit verantwortlich fühle wie der Offizier, heisst es in einer militärpolitischen Abhandlung von Oberleutnant Karl-Heinz Freitag in der «Märkischen Volksstimme». Der Autor erklärt, er habe an 180 Soldaten die Frage gestellt, ob sie sich ernsthafte Gedanken machen würden, wenn ihre Einheit ein Gefechtsschiessen nicht erfüllt habe. Darauf hätten 76 Prozent geantwortet, es würde sie persönlich schmerzen, wenn ihre Einheit bei einer militärischen Aufgabe nicht voll gefechtsbereit wäre.

Unter den Tugenden des Soldaten der «Nationalen Volksarmee» zählt Oberleutnant Freitag insbesondere auf, dass er «die Feinde der sozialistischen Völkerfamilie abgrundtief hasst und bereit ist, sie im Falle eines Krieges mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen und auf ihrem eigenen Territorium zu vernichten», und dass er «alle Befehle und Anordnungen seiner Vorgesetzten ohne Widerrede, mit Initiative und Sachkenntnis im Interesse des sozialistischen Vaterlandes erfüllt».

In der «Volksarmee» herrschen nach Ansicht von Freitag «völlig neue, im tiefsten Sinne des Wortes gleichbe-

rechtigte und freie Beziehungen zwischen Offizier und Soldat». In ihnen sei «die Trennungslinie, die auf bundesdeutschen Kasernenhöfen den Soldaten vom Offizier scheidet, verschwunden».

## Vom Stern zum Star

Die sonnige Küste Montenegros im Süden Jugoslawiens wird vielleicht für etliche bekannte Hollywood-Stars das neueste Erholungsgebiet werden. Laut der Nachrichtenagentur Tanjug sind bereits an Persönlichkeiten wie Frank Sinatra, Doris Day, Kirk Douglas und Gene Kelly Baugenehmigungen erteilt worden. Ebenso hat der italienische Filmstar Sophia Loren die Bewilligung zum Bau einer Villa erhalten, was vermutlich allein schon eine beträchtliche touristische Aufwertung dieser Region zur Folge haben dürfte.

Die Belgrader Regierung hat vor kurzem bekanntgegeben, dass sie einen Plan zur Überwachung jeglicher Entwicklung im Bereich von Industrie, Tourismus und Ansiedlungsprojekten entlang der adriatischen Küste ausarbeite. Gleichzeitig wurde sowohl an die Landesbevölkerung selbst als auch an die Jugoslawen im Ausland der Appell gerichtet, Investitionen für die touristischen Entwicklungsprojekte zu leisten. Den privaten Geldgebern ist die volle Unterstützung der Regierung zugesichert worden.

Joze Brilej, Vorsitzender des jugoslawischen Bundeskomitees für Tourismus, berichtete, dass bis 1970 noch 250 000 zusätzliche touristische Unter-

kunftsmöglichkeiten benötigt würden, von denen gut die Hälfte durch Privatinvestitionen zu schaffen seien.

Im vergangenen Jahr brachten etwa 2,6 Millionen ausländische Touristen Jugoslawien 105 Millionen Dollar in harter Währung ein; für diese Jahr wird eine Einnahmesteigerung von 30 Prozent erwartet.

## Grosser Erfolg der ostdeutschen Buchverlage

Mit einem Erfolg, der ihre eigenen Erwartungen übertroffen hat, haben die Buchverlage der DDR bei der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse abgeschnitten. Für rund 88,7 Millionen Mark hat der Buchhandel der Sowjetzone bei den Verlagen eingekauft und damit die Umsätze der Frühjahrsmesse des vergangenen Jahres um etwa 23 Prozent überboten. Sowohl der Volksbuchhandel als auch der Kommissionsbuchhandel und der private Buchhandel haben im gleichen Masse ihre Einkäufe gegenüber dem Vorjahr erhöht. Dabei hat es keine sogenannten Bestseller gegeben.

Nach den guten Messeergebnissen im Buchhandel soll künftig bei der Werbung sorgfältig geprüft werden, für welche Titel geworben werden muss, um Mittel zu sparen und um zu verhindern, dass die bei einigen Büchern infolge der kleinen Auflage ohnehin knapp zu befriedigende Nachfrage nicht durch die Werbung noch vergrössert wird.

## UdSSR: Das Abstottern wird Mode

Das Abzahlungsgeschäft, eine relativ junge Erscheinung im sowjetischen Wirtschaftsleben, erfährt in der UdSSR seit einigen Jahren einen ungeahnten Auftrieb.

Noch 1959 galten private Einkäufe auf Ratenzahlung als «typische Erscheinung der westlichen Dekadenz» und daher auch als «unsowjetisch und unmarxistisch». Es war Chruschtschow, der 1959 die bestehenden ideologischen Einwände beseitigte, nachdem er das System der Kreditkäufe in den USA kennengelernt hatte. Bereits ein Jahr später konnten die staatlichen Kaufhäuser und Detailhandelsgeschäfte Umsätze auf Ratenzahlung in der Höhe von 600 Millionen Rubel melden. Für 1965 erreichten diese Umsätze bereits die beachtliche Höhe von 3 Milliarden Rubel.

Vermerksenswerterweise haben die offiziellen Stellen diese Entwicklung, im Gegensatz zu anderen Trends eines modernen Wirtschaftslebens, in keinem Augenblick zu bremsen gesucht. Im Gegenteil, die sicherliche Zunahme scheint ihnen noch nicht stark genug. Methoden werden gesucht, um die noch bestehenden Verzögerungen aufzuheben. Die gegenwärtige Prozedur ist gegenwärtig deshalb noch schwerfällig, weil die Verkaufsgeschäfte die Kreditwürdigkeit ihrer Kunden und die Höhe der möglichen Monatsraten in jedem einzelnen Fall prüfen müssen. Um das Kreditierungs-

verfahren zu vereinfachen, fordert Radio Moskau nun, die UdSSR solle sich künftig des Systems bedienen, das in der Tschechoslowakei, in Ungarn und Ostdeutschland mit Erfolg angewandt werde. In diesen drei Ländern gewähren die Sparkassen oder Sparbanken ihren Einlegern, deren finanzielle Situation sie gut kennen, die erforderlichen Kredite, so dass die Verkaufsgeschäfte selbst von wesentlichen administrativen Umtrieben entlastet sind. Gegenwärtig kaufen die Sowjetbürger vor allem Fernsehgeräte, Plattenspieler, Radios, Photoapparate und Schmalfilmkameras (etwa in dieser Reihenfolge) auf Kredit. Der durchschnittliche Wert der so gekauften Güter beläuft sich auf 90 Rubel, was annähernd dem Monatslohn eines Industriearbeiters entspricht.

Vorderhand besteht noch keine Gefahr, dass die Ratenkäufe zu einer allgemeinen Verschuldung der Bevölkerung führen. Da die Zahl der Beschäftigten in der Sowjetunion etwa 100 Millionen beträgt, ergibt sich eine durchschnittliche Verschuldung von 30 Rubel pro Lohnempfänger. Obwohl laut westlichen Schätzungen (offizielle Zahlen wurden hierüber nicht veröffentlicht) die Verschuldung schneller

zunimmt als die Zuwachsraten der Spareinlagen, reichen die Reserven noch für etliche Jahre. Denn die Höhe der durchschnittlichen Spareinlage in der UdSSR beträgt rund 300 Rubel, so dass auch für eine verstärkte Entwicklung der Ratengeschäfte noch genügend Spielraum bleibt.

## In Kürze

Die Sowjetunion hat in der Vereinigten Arabischen Republik und im westafrikanischen Staat Mali Bodenstationen zur Beobachtung und zum Photographieren künstlicher Erdsatelliten errichtet. Die Satelliten-Stationen sind mit sowjetischen Geräten ausgestattet und werden von Fachleuten aus der Sowjetunion sowie der beiden Gastländer unterhalten. Diese bislang geheimgehaltenen Tatsachen wurden bei

der Sitzung des Astronomischen Rates der sowjetischen Akademie der Wissenschaften bekannt. Vor der Errichtung der beiden Bodenstationen in Ägypten und Mali verfügte die Sowjetunion über keine Einrichtungen zur Verfolgung von Erdsatelliten ausserhalb des eigenen Territoriums.

In Ostdeutschland wurde bei Absolventen von SED-Führungskursen für die Betriebsparteiorganisationen festgestellt, dass im Durchschnitt nicht einmal 50 Prozent der Lehrgangsteilnehmer das vom Zentralkomitee der SED für die Funktionäre herausgegebene Organ «Neuer Weg» lesen. Nur ganz vereinzelt konnten Genossen berichten, dass sie und ihre Parteileitungen diese Publikation ständig für ihre Arbeit heranziehen.



Laszlo Revesz

## Der osteuropäische Bauer

Seine Rechtslage im 17. und 18. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung Ungarns.

Verlag SOI, Bern 1964, 312 Seiten, Fr. 24.80. Erhältlich durch jede Buchhandlung.

Ein grundlegendes, rechtshistorisches Werk über die Agrarverhältnisse Osteuropas, das politische Grundlagenforschung im weitesten Sinne des Wortes darstellt. Der Ursprung der Zerteilung Europas reicht in das Mittelalter zurück und kommt in der Agrarverfassung am anschaulichsten zum Ausdruck.